

POLITISCHES INTERESSE VON STUDIERENDEN | Einstellungen Studierender der Sozialen Arbeit und der Heilpädagogik

Jürgen Gries; Vincenz Leuschner;
Gerhard Wenzke

Zusammenfassung | Auf der Grundlage von zwei Befragungen in den Jahren 2007/2008 (N = 733) und 2014 (N = 146) werden sowohl die politischen Grundorientierungen als auch spezifische politische Haltungen Studierender zu Hochschulpolitik, Demokratie und Fremdenfeindlichkeit untersucht. Die Ergebnisse zeigen ein geringes politisches Interesse der Studierenden, gepaart mit geringem hochschulpolitischen Engagement und hoher Politikverdrossenheit. Die Studierenden lehnen Fremdenfeindlichkeit ab und verorten sich mehrheitlich im linken Spektrum.

Abstract | On the basis of two surveys conducted in the years 2007/2008 and 2014 the author examines students' basic political orientations as well as their specific political attitudes towards higher education policy, democracy and xenophobia. The results show that students are barely interested in politics, that their commitment to university policy is low and that they are extremely disenchanting with politics. Students reject xenophobia and a majority of them position themselves in the left-wing spectrum.

Schlüsselwörter

- Student
- Hochschule
- Politik
- Befragung
- Untersuchung

Vorbemerkungen | Die hohe Wahlverweigerung von jungen Menschen bei Bundestags-, Landtags- und Europawahlen und die Klage der Parteien über das Ausbleiben des politischen Nachwuchses weisen auf eine große Distanz zu den politischen Akteuren und ihren Institutionen hin. Daher wird den politischen Interessen und Haltungen junger Menschen gemeinhin mit großer Aufmerksamkeit begegnet. Verschiedene Untersuchungen geben Hinweise auf Generationsbrüche, die ein deutliches Signal für politische

Unzufriedenheit und Entfremdungstendenzen junger Menschen sind und als ein „Frühwarnsystem“ für eine Umorientierung bezüglich der politischen Partizipation der Gesamtbevölkerung gewertet werden können.

Ergebnisse der Jugend- und Wahlforschung liefern seit Jahrzehnten eine Reihe empirischer Belege dafür, dass junge Menschen das politische und demokratische System und dessen Akteure anders rezipieren und sich ihre politischen Haltungen gewandelt haben. Im vorliegenden Beitrag stehen die Veränderungen der Einstellungen zu Politik, demokratischem System, europäischen Institutionen sowie Veränderungen im politischen Engagement, auch dem hochschulpolitischen Engagement Studierender im Mittelpunkt des Interesses. Die Darstellungen basieren auf dem ISIS-Studierendensurvey, einer überwiegend standardisierten schriftlichen Befragung von Studierenden des zweiten und sechsten Semesters der Studienfachrichtungen Soziale Arbeit und Heilpädagogik in den Jahren 2007/08 und einer auf politisches Interesse und politische Einstellungen fokussierten, aus Kostengründen seminarbasierten Wiederholungsbefragung im Jahr 2014, die ebenfalls vom Institut für Sozialforschung, Informatik und Soziale Arbeit (ISIS Berlin e.V.) durchgeführt wurde.

Bei der ersten Stichprobe wurden 733 (177 männliche, 556 weibliche) Studierende, die zum großen Teil an den drei Berliner Hochschulen für Sozialwesen und an verschiedenen Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland¹ studierten, interviewt. Die Stichprobe der Wiederholungsbefragung besteht aus 146 (37 männliche, 109 weibliche) Befragten, die an der Katholischen Hochschule für Sozialwesen in Berlin rekrutiert wurden. Die folgende Strukturübersicht gibt Aufschluss über die ausgewählten Merkmale der Befragten beider Befragungswellen:

Insgesamt zeigt die ausgewählte Struktur der soziodemographischen Daten in Tabelle 1 nur leichte Verschiebungen. Bezüglich der Altersstruktur ergibt sich eine leichte Verschiebung von den 22- bis 25-Jährigen zu den 26- bis 27-Jährigen und hinsichtlich der

¹ Die hier vorgelegten Ergebnisse wurden im Rahmen des Forschungsprojektes „Lebenslagen und Lebensbereiche von Studierenden der Fachrichtungen Soziale Arbeit und Heilpädagogik“ gewonnen. Im Mittelpunkt standen die Lebenssituationen, Lebenslagen sowie Werte und Einstellungen der Studierenden, die mit 600 Items erfragt wurden (Gries u.a. 2015).

Tabelle 1: Struktur beider Stichproben nach ausgewählten Merkmalen²

Merkmale	2007/2008	2014
	Prozent	Prozent
Geschlecht		
männlich	24,1	25,3
weiblich	75,9	74,7
Altersgruppen		
21 Jahre und jünger	21,0	23,3
22 bis 25 Jahre	49,1	41,8
26 bis 27 Jahre	10,5	16,4
28 bis 29 Jahre	6,2	8,2
30 Jahre und älter	13,2	10,3
Religionszugehörigkeit		
römisch-katholisch	29,7	23,3
evangelisch	30,8	37,7
ohne Religion	33,2	34,2
Herkunftsort		
Großstadt	35,2	34,9
mittlere Stadt	17,5	17,8
Kleinstadt	22,6	20,5
auf dem Lande	24,3	26,7
soziokulturelle Herkunft		
höheres Niveau	16,1	18,5
gehobenes Niveau	36,0	30,1
mittleres Niveau	38,2	39,0
geringes Niveau	9,7	12,3
N	733	146

Religionszugehörigkeit von den römisch-katholischen zu einem höheren Anteil evangelischer Studierender. Ansonsten ist die Verteilung ausgeglichen. Auch wenn die erste Stichprobe nicht repräsentativ im streng wissenschaftlichen Sinne ist, scheint sie nicht untypisch für die untersuchte Gesamtpopulation der Studierenden der genannten Fachrichtungen zu sein.³

Interesse an Politik | Allgemein wird festgestellt, dass das Interesse an Politik als ein wichtiger und differenzierter Indikator für die Hinwendung zur

2 Festgelegt wurde: höheres Niveau = höchster Schul- und Berufsabschluss (nur Abitur und Hochschulabschluss von Vater und Mutter); gehobenes Niveau = überwiegend gehobene Bildungsabschlüsse, Fachhochschulabschlüsse von Vater und Mutter; mittleres Niveau = mittlere Bildung und Berufsausbildung, selten ein Fachschulabschluss von Vater und Mutter; geringes Niveau = keine oder geringe Bildungs- und Ausbildungsabschlüsse von Vater und Mutter.

Politik und als wesentliche Voraussetzung für soziales Engagement gewertet wird (Schneider 1995, S. 278, Gille u.a. 2000, S. 210, Gaiser; de Rijke 2006, S. 255). Daher gehen die Verfasser davon aus, dass jeder sozial engagierten beziehungsweise sozialberuflichen Arbeit und Tätigkeit auch immer ein politisches Interesse vorausgeht, da diese im Sinne einer etablierten Konzeption Sozialer Arbeit unter anderem als soziale Integration oder lebensweltbezogene Hilfsform angesehen werden kann (Hollstein 1973, Aich 1973, Staub-Bernasconi 2002, Kreft; Mielenz 2008, Kessl; Otto 2012).

In der ersten Befragungswelle 2007/2008 gaben die Studierenden auf die Frage „Interessieren Sie sich eigentlich für Politik?“ auf einer fünfpoligen Likert-Skala (sehr interessiert, ziemlich, etwas, recht wenig, gar nicht) an, sich zu mehr als vier Zehntel (42,1 Prozent) „sehr“ und „ziemlich“ für Politik zu interessieren. Demgegenüber gaben sechs Zehntel (58,0 Prozent) an, „etwas“, „recht wenig“ und „gar nicht“ an Politik interessiert zu sein. Anders 2014: Hier gab jeder zweite Studierende an, an Politik interessiert zu sein, wie ebenfalls jeder Zweite äußerte, „etwas“ bis „gar nicht“ an Politik interessiert zu sein. Zudem zeigten sich deutliche geschlechtsspezifische Unterschiede im politischen Interesse: Während 2007/2008 nur 33,6 Prozent der weiblichen Studierenden „sehr“ oder „ziemlich“ an Politik interessiert waren (männliche Kommilitonen = 67,6 Prozent), stieg ihr Interesse an Politik auf 41,2 Prozent im Jahr 2014. Die Unterschiede hinsichtlich des politischen Interesses zwischen den Geschlechtern in beiden Befragungen sind hoch signifikant (2007/08: $p = .000$; $r = .331$; 2014: $p = .005$; $r = .308$). Das heißt das Interesse an Politik liegt bei den weiblichen Befragten durchgängig unter den Werten der männlichen Altersgenossen.

Grundsätzlich steigt das politische Interesse bei weiblichen und männlichen Studierenden mit dem Lebensalter mit leichten Schwankungen in einzelnen Altersgruppen. Diese Befunde werden in der Tendenz auch durch andere (Jugend-)Studien bestätigt (SINUS-Institut 1985, S. 284 ff., Kaase 1989, S. 609 ff., Schnei-

3 Zur Überprüfung der Grundgesamtheit haben wir repräsentative Untersuchungen des Deutschen Studentenwerkes und die Daten des Statistischen Bundesamtes herangezogen, so dass die Stichprobe lediglich als „annähernd“ repräsentativ für die Grundgesamtheit der Studierenden der Studienfachrichtungen Soziale Arbeit und Heilpädagogik gewertet werden kann.

der 1995, S. 278 ff., Pickel 1996, S. 90 ff., Meulemann 1996, S. 104, Hoffmann-Lange 1999, S. 367, Gille u.a. 2000, S. 211 ff., Schneekloth 2006, S. 105, Schneekloth 2010, S. 130 ff.). Auch zeigt sich, dass auf einem generell niedrigen Niveau katholische Studierende im Verhältnis das geringste politische Interesse, evangelische Studierende ein mittleres und konfessionslose Studierende vergleichsweise das größte politische Interesse aufweisen. Erwähnenswert ist, dass das politische Interesse in einem engen Zusammenhang mit politischem Engagement in der Freizeit steht, das allerdings ebenfalls sehr gering ausgeprägt ist.

Mangelndes Vertrauen zu den politischen Akteuren | Das relativ große Desinteresse der Studierenden an der offiziellen (Bundes-, Landes- und Europa-)Politik insgesamt könnte sich durch das schwach ausgeprägte oder mangelnde Vertrauen zu den Akteuren des politischen Systems erklären. Dies ist umso wahrscheinlicher, als in einer stark medienvermittelten Politik für deren Verständnis Personen eine wesentlich größere Rolle spielen als Institutionen und deren (partei-)politische Aushandlungs- und Entscheidungsprozesse. Dieser Befund wird von den meisten vorliegenden Untersuchungen über jüngere Generationen gestützt. So glaubten mehr als sechs Zehntel (63,4 Prozent) der Studierenden 2007/08 nicht, „dass sich die Politiker viel darum kümmern, was Leute wie ich denken“. Daran hat sich bis 2014 (63,9 Prozent) nichts geändert. Zwischen den männlichen und weiblichen Befragten gab es in beiden Untersuchungen Unterschiede hinsichtlich der Einschätzung der Politiker und deren Bemühungen darum, zu erfahren, „was Leute wie ich denken“. In jedem Fall waren hier die Studentinnen kritischer als ihre männlichen Kommilitonen. Eher resignierend kamen dann auch in beiden Befragungen zwei Drittel (2007/08: 64,7 Prozent; 2014: 64,1 Prozent) der Studierenden zu der Einschätzung, dass „die Politiker [...] doch nur daran interessiert [sind], gewählt zu werden, und nicht daran, was die Wähler wirklich wollen“. Auch hier zeigte sich, dass zwei Drittel der weiblichen Studierenden eher geneigt sind, dieser Aussage zuzustimmen (2007/08: 66,3 Prozent; 2014: 68,5 Prozent). Dieses Vertrauensdefizit gegenüber Politikerinnen, Politikern und politischen Parteien wird seit mehr als 30 Jahren von der empirischen Jugend- und Wahlforschung immer wieder festgestellt (Krüger 1995, S. 258 ff., Münchmeier 1997, S. 295 ff., Gille u.a. 2000, S. 235 ff., Schneekloth 2010,

S. 142 ff.). Dieser Befund verwundert angesichts der Tatsache, dass hiervon Studierende einer Profession betroffen sind, zu deren Tätigkeitsfeld unter anderem auch die politische Bildungsarbeit gehört.

Hochschulpolitische Einstellungen | Wie stark das politische Interesse der Studierenden im Hinblick auf ihre Studiensituation ist, kommt in der Bereitschaft zur Beteiligung an der hochschulpolitischen Meinungsbildung, den Wahlen zum Studentenparlament (Stupa) und der studentischen Selbstverwaltung sowie deren Institutionen zum Ausdruck. Allerdings ist auch in diesem Bereich die Bereitschaft zur Mitwirkung relativ gering. So gaben mehr als zwei Drittel (67,8 Prozent) der Studierenden – wiederum mehr weibliche als männliche – an, „noch nie“ eine studentische Vollversammlung besucht zu haben oder erklärten, hieran auch „nicht interessiert“ zu sein. Zwischen dem politischen Interesse und dem Besuch einer studentischen Vollversammlung gab es erwartungsgemäß sowohl in der Untersuchung 2007/08 als auch 2014 einen schwachen, aber signifikanten Zusammenhang (2007/08: $r = .242$; $p = .000$; 2014: $r = .246$; $p = .003$). Eine ähnliche Tendenz findet sich unter den Studierenden auch im Hinblick auf Wahlen zum Studentenparlament (siehe Tabelle 2).

In der Befragung 2007/08 bejahte mindestens jeder zweite Studierende Abstinenz oder Desinteresse an Stupa-Wahlen, was mit einem gering ausgeprägten politischen Engagement in der Freizeit korrelierte. Anders in der Befragung 2014: Zu diesem Zeitpunkt ignorierte nur noch knapp jeder achte Studierende die Stupa-Wahlen.⁴ Vor dem Hintergrund des geringen Interesses an studentischen Vollversammlungen und Stupa-Wahlen erscheint es plausibel, dass auch nur eine kleine Minderheit eine aktive Mitarbeit an der studentischen Selbstverwaltung präferiert. Mit Blick auf die Befragungen bestätigt sich diese Vermutung: Nur fast jeder Zehnte erklärte eine uneingeschränkte Bereitschaft zur aktiven Mitarbeit (siehe Tabelle 3).

⁴ Dieser Anstieg 2014 ist zunächst irritierend, erklärt sich jedoch dadurch, dass diese Untersuchung lediglich an der Katholischen Hochschule für Sozialwesen in Berlin durchgeführt wurde, an der kurze Kommunikationswege existieren. Alle uns bekannten Vollversammlungen und Stupa-Wahlen an anderen Hochschulen werden jedoch in der Regel von relativ wenig Studierenden besucht, meist nehmen weniger als ein Fünftel an Wahlen teil.

Tabelle 2: „Haben Sie schon einmal bei den Stupa-Wahlen gewählt?“ (gegliedert nach Geschlecht)

gewählt	2007/2008				2014							
	Gesamt		Geschlecht		Gesamt		Geschlecht					
			männlich	weiblich			männlich	weiblich				
	N	%	N	%	N	%	N	%	N	%		
ja, öfter	172	23,6	54	30,5	118	21,4	74	50,7	23	62,2	51	46,8
ja, einmal	203	27,8	43	24,3	160	29,0	51	34,9	7	18,9	44	40,4
nein, noch nie	316	43,3	72	40,7	244	44,2	17	11,6	4	10,8	13	11,9
interessiert mich nicht	38	5,2	8	4,5	30	5,4	4	2,7	3	8,1	1	0,9
Gesamt	729	100	177	100	552	100	146	100	37	100	109	100

Tabelle 3: „Wären Sie bereit, in der studentischen Selbstverwaltung aktiv mitzuarbeiten?“

(gegliedert nach Geschlecht)

Bereitschaft	2007/2008				2014							
	Gesamt		Geschlecht		Gesamt		Geschlecht					
			männlich	weiblich			männlich	weiblich				
	N	%	N	%	N	%	N	%	N	%		
ja, wäre bereit	65	8,9	19	10,7	46	8,3	19	13,0	3	8,1	16	14,7
teils/teils	298	40,7	77	43,5	221	39,8	74	50,7	9	24,3	65	59,6
nein	311	42,5	69	39,0	242	43,6	45	30,8	22	59,5	23	21,1
interessiert mich nicht	58	7,9	12	6,8	46	8,3	8	5,5	3	8,1	5	4,6
Gesamt	732	100	177	100	555	100	146	100	37	100	109	100

Wie der Tabelle 3 jedoch auch zu entnehmen ist, können sich einige Studierende (zwischen 40 und 50 Prozent) unter gewissen Umständen eine aktive Mitarbeit in der studentischen Selbstverwaltung vorstellen. Im Großen und Ganzen überwiegt jedoch die Gruppe der an dieser Mitarbeit desinteressierten Studierenden (zwischen 50,4 und 36,3 Prozent). In der Befragung 2007/08 fand sich ein engagiertes Potenzial häufiger bei Studenten als bei Studentinnen. Diese Bereitschaft hat sich 2014 allerdings umgekehrt.

Um das hochschulpolitische Engagement noch detaillierter zu erfassen, haben wir den Studierenden einige Aussagen und Meinungen zu den Fragen vorgelegt, ob sie sich um (hochschul-)politischen Einfluss bemühen, wann und wie ihr hochschulpolitisches Engagement intensiviert werden kann und was Hinderungsgründe sind. So ist es plausibel, anzunehmen, dass sich hochschulpolitisches Engagement erst dann realisiert, wenn bei den Studierenden der Eindruck besteht, dass es sich lohnt. Mehr als ein Drittel (2007/08: 35,5 Prozent) beziehungsweise mehr als vier Zehntel (2014: 44,4 Prozent) der Studierenden

stimmen der Aussage zu, „persönlich und politisch aktiv“ zu werden, „wenn sie von einem Thema in der Hochschule betroffen sind“. Der überwiegende Teil der Studierenden stimmt dem aber so nicht zu. Eine kleine Gruppe von einem Drittel (36,4 Prozent) beziehungsweise knapp einem Viertel der Befragten (22,8 Prozent) verbindet hochschulpolitisches Engagement mit Langeweile. Um sich für hochschulpolitische Belange zu engagieren, war für knapp mehr als jeden Zehnten bislang hinderlich, nicht zu wissen, „wo und wie sie das machen sollen“.

Ein Großteil der Studierenden (2007/08: 73,9 Prozent; 2014: 87,6 Prozent) ist sich im Klaren darüber, dass sie durch hochschulpolitische Betätigung auch Einfluss nehmen und Dinge verändern können. Die Skeptiker (in beiden Erhebungen mehr als vier Zehntel der Studierenden) wollen erst hochschulpolitisch aktiv werden, wenn sie wissen, „dass dabei auch was rauskommt“. Einem etwas kleineren Teil der Studierenden (2007/08: 40,3 Prozent; 2014: 44,1 Prozent) nimmt jedes hochschulpolitische Engagement „die Zeit zu studieren“. Überzeugt sind allerdings drei Viertel

der Befragten (2007/08: 72,2 Prozent; 2014: 75,2 Prozent), „dass sich die Hochschulleitung schon darum kümmert, was Studierende denken“ – eine allerdings recht optimistische Einschätzung. Dennoch ist für den überwiegenden Teil der Studierenden (2007/08: 82,9 Prozent; 2014: 89,6 Prozent) die Forderung wichtig, „dass sie in der Hochschule mehr zu sagen haben [müssen] und auch mitentscheiden können“. In ihrem demokratischen Bewusstsein gestärkt gehen mehr als drei Viertel der Befragten (2007/08: 75,1 Prozent; 2014: 79,6 Prozent) davon aus, „dass eine Hochschuldemokratie ohne hochschulpolitische Opposition nicht denkbar wäre“.

Einstellungen zu Politik und Fremden | Einstellungen gegenüber Fremden, Migranten und Migrantinnen sowie autoritären Politikmodellen können als Testfall der durch politische Sozialisation erworbenen demokratischen Kultur gewertet werden. Um über diesen Themenbereich Erkenntnisse zu gewinnen, wurden den Befragten neun Aussagen vorgelegt, zu denen die Zustimmung beziehungsweise Ablehnung mit einem vierstufigen Antwortformat erklärt werden konnte (trifft überhaupt nicht zu, trifft weniger zu, trifft zu, trifft sehr zu). Wie von den Autoren vermutet, steht die Mehrheit der befragten Studierenden undemokratischen und fremdenfeindlichen Haltungen ablehnend gegenüber. Dennoch zeigt sich in der Analyse, dass es eine über die beiden Erhebungswellen prozentual weitgehend konstante Minderheit gibt, die derartige Haltungen durchaus vertritt: So stimmen 16,2 Prozent (2014: 11,8 Prozent) der Studierenden der Aussage zu, dass „eine starke Hand mal wieder Ordnung in unseren Staat bringen müsste“. 15,9 Prozent (2014: 12,9 Prozent) scheinen eine „lebendige Demokratie auch ohne politische Opposition“ und 3,5 Prozent (2014: 2,8 Prozent) ohne „Meinungsfreiheit“ für denkbar zu halten, da sie diesbezügliche Aussagen für weniger oder überhaupt nicht zutreffend befinden. 23,6 Prozent (2014: 16,7 Prozent) lehnen die Aussage ab, dass „Ausländer die gleichen Rechte haben sollten wie Deutsche“. Allerdings ist nur eine sehr kleine Minderheit von 2,2 Prozent (2014: 2,1 Prozent) der Meinung, dass „es am besten wäre, wenn alle Ausländer Deutschland verlassen würden“. Ebenfalls gering ist die Zustimmung zu den Aussagen, dass es „in jeder demokratischen Gesellschaft bestimmte Konflikte gibt, die mit Gewalt ausgetragen werden müssen“ (2007/08: 5,6 Prozent; 2014: 5,5 Prozent) und dass

„Leute wie sie genug mit ihren persönlichen Angelegenheiten zu tun haben und sich daher andere um die Politik und Fremde kümmern sollen“ (2007/08: 7,7 Prozent; 2004: 8,6 Prozent).

Interessante Unterschiede zwischen den Geschlechtern zeigten sich hinsichtlich der Auffassungen zu autoritären beziehungsweise undemokratischen Politikmodellen und Fremden: Männliche Studierende bejahten 2007/08 signifikant stärker als weibliche eine aktive Demokratie, einschließlich gewaltsamer Lösungen von Konflikten. Weibliche Studierende befürworteten andererseits signifikant stärker als die männlichen die „starke Hand, die für Ordnung sorgen soll“ und würden es auch eher als ihre männlichen Kommilitonen für besser halten, „wenn alle Ausländer Deutschland verlassen würden“. Anders 2014: Hier befürworteten die weiblichen Studierenden nun signifikant stärker als die männlichen die Aussage, „Ausländer sollen in allen Bereichen die gleichen Rechte haben wie die Deutschen“ und würden es nun weniger gut (besser) finden als ihre männlichen Kommilitonen, „wenn alle Ausländer Deutschland verlassen würden“.

Die Bedeutung politischer Haltungen wurde zunächst ganz allgemein über die genannten neun Items und weitere drei Single-Items erfasst. Eine explorative Faktorenanalyse der zwölf Items von Aussagen über das Verhältnis der Studierenden zur Politik und zu Fremden ergab 2007/2008 eine Vier-Faktorenlösung, mit der sich insgesamt 56,2 Prozent der Varianz erklären lassen. Eine ähnliche Varianzaufklärung (59,4 Prozent) ergab sich für die Befragung 2014. Nach der zufriedenstellenden Reliabilitätsprüfung wurden aus den vier Faktoren vier gebildet.⁵ Die Faktoren beziehungsweise Subskalen, die sich ergaben, sind Politikverdrossenheit ($\alpha = .642$, $M = 2,6$), Ausländerbeziehungsweise Fremdenfeindlichkeit ($\alpha = .710$, $M = 1,6$), aktive Demokratie ($\alpha = .501$, $M = 3,4$) und Kompromissuche ($M = 2,8$).

⁵ Die Aussage „Auch wer in einer Auseinandersetzung Recht hat, sollte einen Kompromiss suchen“ bildete als Item allein den vierten Faktor, weshalb die Berechnung einer internen Reliabilität nicht möglich war. Die Faktorenladung der Aussage „In jeder demokratischen Gesellschaft gibt es bestimmte Konflikte, die mit Gewalt ausgetragen werden müssen“ war zu gering, um einem Faktor zugeordnet zu werden. Die Aussage „Ausländer sollten in allen Bereichen die gleichen Rechte haben wie die Deutschen“ geht negativ in den entsprechenden Faktor ein.

Im Mittelwertvergleich der vier Faktoren zeigen sich gewisse Unterschiede zwischen den Geschlechtern: Während Politikverdrossenheit und Ausländerbeziehungsweise Fremdenfeindlichkeit signifikant stärker bei den weiblichen Kommilitonen ausgeprägt sind, gilt das in Bezug auf die Akzeptanz aktiver Demokratie für die männlichen Studierenden. Für die Überprüfung weiterer Gruppenunterschiede wurden Varianzanalysen mit dem Merkmal Alter und soziokulturelle Herkunft gerechnet. Insgesamt zeigen sich hier nur relativ geringe Gruppenunterschiede. Daran hat sich auch 2014 kaum etwas geändert.

(Partei-)Politische Präferenzen | Als einen weiteren Aspekt politischer Einstellungen haben wir die politische Selbstpositionierung sowie die parteipolitischen Vorlieben (Sympathien) bei den Studierenden erfasst. Wir haben die Frage „Wie sympathisch sind Ihnen die folgenden Parteien?“ gestellt. Gefragt wurde also nicht nach potenziellen Wahlentscheidungen, sondern nach der Sympathie für bestimmte Parteien. Sie beruht eher auf affektiver Zuneigung. Diese affektive Zuneigung ist deshalb von besonderem Interesse, da damit strategische Erwägungen vor Wahlen ausgeklammert bleiben und außerdem in der Zeitspanne des Studiums meist noch keine voll internalisierte Parteienidentifikation vorliegt, sondern eher eine gefühlsmäßige. Oft sind es die täglichen Politikpraxen betreffenden Aktualitäten, die Kommunikation kritischer Kommilitonen, ein dominantes Elternhaus oder die gemachten Praxiserfahrungen, welche die Sympathien für eine bestimmte politische Richtung moderieren.

Bei der Einordnung der Studierenden in die bestehende Parteienlandschaft ergeben sich bemerkenswerte Resultate: Zunächst zeigt sich in beiden Umfragen, dass die meisten Sympathien der von uns erfassten Studierenden der Partei Bündnis 90/Die GRÜNEN entgegengebracht werden: 2007/08 lag der Sympathiewert bei 71,6 Prozent, 2014 steigerte er sich auf 75,0 Prozent. Mit Abstand hierzu erhielt die SPD nach ihren Präferenzen noch 63,1 Prozent (2007/08) und sank 2014 auf 58,7 Prozent. An dritter Stelle konnte sich Die LINKE 2007/2008 noch einen beträchtlichen Anteil (37,5 Prozent) der Sympathien bei den Studierenden sichern, welcher sich 2014 noch um 16,4 Prozent steigerte. Damit lag sie 2014 nur mit knapp 5 Prozent hinter der SPD. Mit beträchtlichem Abstand erreichte die CDU/CSU vor

sechs Jahren bei allen Studierenden noch einen Präferenzwert von 21,1 Prozent, der sich 2014 auf ein Viertel (25,0 Prozent) leicht erhöhte. Drei Viertel der befragten Studierenden blieb sie jedoch unsympathisch. Extrem wenig Sympathie erfuhr die FDP. Fanden 2007/08 noch 85,7 Prozent der Studierenden die Partei unsympathisch, so stieg diese Ablehnung 2014 auf 93,0 Prozent an.

Offensichtlich wenden sich die Studierenden wie die junge Generation insgesamt zunehmend von den etablierten politischen Parteien SPD, CDU und FDP des alten bundesdeutschen Systems ab. Die rechten Parteien erfahren bei den befragten Studierenden eindeutig die geringste Zustimmung. Allerdings sympathisierte 2014 fast jeder zehnte Studierende (10,1 Prozent) mit der AfD. Dabei stellt sich die Frage, ob sich in dieser Entwicklung nur die Enttäuschung von den etablierten Parteien und ihren politischen Akteuren ausdrückt oder ob hierin auch Anzeichen gesehen werden können, die auf eine Abwendung vom demokratischen Prozess insgesamt hindeuten. Ein größeres politisches Interesse der Studierenden korreliert mit der Sympathie für Bündnis90/Die GRÜNEN, für die SPD und teilweise für Die LINKE. Geschlechtsunterschiede der Parteienpräferenzen belegen, dass die Sympathien bei drei von acht Parteien (Bündnis90/Die Grünen, SPD und Die LINKE) über der theoretischen Mitte von 2,5 liegen.

Insgesamt geben die Sympathiewerte für bestimmte Parteien durchaus auch Auskunft über die mögliche politische Grundorientierung der Studierenden. Die Unterschiede zwischen den soziokulturellen Herkunftsgruppen sind im Hinblick auf die Parteienpräferenzen jedoch nur gering. Auch das Aufwachsen in unterschiedlich großen Gemeinden (von „Großstadt“ bis „auf dem Lande“) hat in beiden Umfragen nur geringen Einfluss auf die Sympathien für eine bestimmte Partei.

Betrachtet man die parteipolitischen Sympathien im Zusammenhang mit der Konfessionszugehörigkeit, so zeigen sich die hohen Sympathiewerte für Bündnis90/Die GRÜNEN sowohl bei den Studierenden, die sich den beiden christlichen Großkirchen zugehörig finden als auch bei den konfessionsfreien Studierenden. Konnte die SPD bei den römisch-katholischen Studierenden in der ersten Umfrage 65,0 Prozent an Sympathie verzeichnen, stieg ihr Wert in der zweiten

Umfrage sogar auf 72,7 Prozent. Bei den evangelischen Studierenden, bei denen die SPD sechs Jahre zuvor noch zwei Drittel (66,8 Prozent) an Sympathie erlangte, sank dieser Prozentwert in der zweiten Umfrage um 14,1 Prozent ab. Bei den konfessionsfreien Studierenden blieb der Prozentwert für die SPD auch nach sechs Jahren stabil (2007/08: 58,4 Prozent; 2014: 56,3 Prozent). Anders die Sympathiewerte für die CDU/CSU: Hier waren es bei den römisch-katholischen Studierenden noch fast ein Drittel (2007/08: 32,2 Prozent; 2014: 29,4 Prozent), bei den evangelischen nicht einmal ein Viertel (23,2 Prozent) mit Steigerung auf fast ein Drittel (30,9 Prozent) und bei den konfessionsfreien Befragten lag der Sympathiewert unter zehn Prozent (9,6 Prozent), allerdings mit einer erheblichen Steigerung 2014 (16,7 Prozent).

Die Differenz zwischen den Angehörigen der beiden Großkirchen und den Konfessionsfreien im Hinblick auf die Ablehnung – und im Umkehrschluss die Zustimmung – ist höchst signifikant ($p = .000$; $r = .240$). Noch niedriger als bei CDU/CSU fällt der Sympathiewert für die FDP bei den Studierenden (auch der beiden Großkirchen) aus. Hier besteht ein statistisch gesicherter Unterschied zwischen Konfessionsfreien und den Angehörigen der beiden Großkirchen. Während bei mehr als jedem zweiten konfessionslosen Studierenden die Partei Die LINKE auf Sympathie trifft (2007/08: 56,4 Prozent; 2014: 68,8 Prozent), ist es bei den Studierenden der beiden Großkirchen fast jeder Vierte. NPD und andere rechte Parteien finden ungeachtet der Religionszugehörigkeit so gut wie keine Sympathien bei den Studierenden, während die AfD bei fast jedem zehnten Studierenden (römisch-katholisch 12,1, evangelisch 7,5, konfessionsfrei 8,5 Prozent) auf Sympathien stößt.

Links-Rechts-Positionierung | Hinsichtlich der ideologischen Selbstpositionierung ist die politische Verortung der Selbsteinstufung der befragten Studierenden in ihrer politischen Grundhaltung zwischen den (geläufigen) Polen „links“ und „rechts“ ein geläufiger Indikator (Hoffmann-Lange 1995, S. 167 ff., Gille u.a. 2000, S. 209, 243 ff.). Wir haben die Frage gestellt: „Rechte“ und „Linke“ sind bekannte Begriffe für politische Überzeugungen und Haltungen. Wir haben hier eine Skala: Wo würden Sie sich auf ihr einordnen?“ Die Links-Rechts-Positionierung wurde in einer bewährten 5er-Skala erfasst, bei der die politische Standortbestimmung zwischen einzelnen

Stufen „rechts“, „eher rechts“, „Mitte“, „eher links“ und „links“ unterschieden wurde.⁶ Das Ergebnis dieser Selbstpositionierung zeigt eine relativ geringe Zahl von Studierenden, die sich „rechts“ oder „eher rechts“ einordnen. Von 695 Studierenden, die die Selbstpositionierung durchgeführt hatten, ordneten sich nur 35 „eher rechts“ und „rechts“ zu. Zwei weibliche Studierende in der Altersgruppe der 22- bis 25-Jährigen fanden sich am rechten Rand dieser Einstufung. Die weitaus häufigsten Einordnungen der Studierenden wurden in der „eher links“ (52,7 Prozent) (Hofmann-Göttig 1989, Otten 1992, S. 58) und „Mitte“-Positionierung (27,9 Prozent) des Kontinuums vorgenommen. Das heißt, dass sich vier Fünftel der Studierenden „eher links“ und in der „Mitte“ sehen. Geschlechterunterschiede lassen sich nur bei der Kategorie „links“ finden, der sich männliche Studierende (18,1 Prozent) stärker zuordneten als weibliche (13,2 Prozent). Umgekehrt ordneten sich mehr weibliche (30,0 Prozent) als männliche Studierende (21,6 Prozent) der „Mitte“ zu. Zieht man die Werte der „Links-“ und „Eher-links-Zuordnung“ zusammen, dann rechneten sich mehr als zwei Drittel (71,3 Prozent) der männlichen und knapp zwei Drittel der weiblichen Studierenden (65,7 Prozent) diesem Spektrum zu.

Sechs Jahre später hatte sich dieses Verhältnis geschlechtsspezifisch umgekehrt ($m = 65,0$ Prozent, $w = 74,3$ Prozent). Wie zu erwarten war, korrespondierten die Sympathien für bestimmte politische Parteien mit der Links-Rechts-Positionierung gemäß der jeweiligen Verortung der Partei im politischen Feld. Da wie oben dargestellt politische Parteien auch für Studierende immer noch eine relevante Bezugsgröße bedeuten können, wurde eine Analyse der engen Beziehungen zur Parteienpräferenz vorgenommen: In der Betrachtung zeigt sich nach wie vor eine Tendenz zur „Mitte“ hin. Von dieser gehen die Bündnis 90/ Die GRÜNEN- und SPD-Sympathisanten eher nach „links“, die der CDU/CSU eher nach „rechts“. Ausge-

⁶ Der Maßstab war in Richtung „links“ mit 1 bis 10 und in Richtung „rechts“ mit -1 bis -10 eingeteilt, mit einer Null in der Mitte („weder noch“). Als „links“ wurden Studierende eingestuft, die den Wert 7-10 und als „eher links“ 2-6 angaben. Der „Mitte“ wurden Studierende mit den Werten 1 bis -1 zugerechnet, Studierende mit Werten -2 bis -6 als „eher rechts“ und -7 bis -10 als „rechts“ klassifiziert. Bei Korrelationsberechnungen wurden die nicht besetzten Positionen -10, -9 und -7 eliminiert; die Berechnungen erfolgten auf der Basis einer fünfstufigen Originalskala.

glichen ist das Verhältnis der FDP-Sympathisanten. Hier tendiert ein Teil leicht nach „rechts“, der andere Teil leicht nach „links“. Nur bei den Sympathisanten der Partei Die LINKE und AfD ist eine klare Entscheidung erkennbar: Die LINKE-Sympathisanten gehen von der „Mitte“ aus kontinuierlich in Richtung „links“, wie umgekehrt die der AfD von der „Mitte“ aus kontinuierlich in Richtung „rechts“ tendieren.

Die Selbsteinstufung auf der Links-Rechts-Skala hängt jedoch oft mit vielen anderen politischen Überzeugungen zusammen. So gibt es einen negativen signifikanten Zusammenhang ($r = -.107$; $p = .002$) zwischen der „Politikverdrossenheit“ und der eigenen Einordnung in die Links-Rechts-Skala. Das heißt, je stärker die Zustimmung zu Aussagen ist, die Politikverdrossenheit abbilden, desto rechter ist die Einordnung in der Links-Rechts-Skala. Noch stärker ist der negative Zusammenhang zwischen der „Ausländerbeziehungsweise Fremdenfeindlichkeit“ und der Einordnung in die genannte Skala ($r = -.468$; $p = .000$). Umgekehrt existiert ein signifikant positiver Zusammenhang zwischen den Auffassungen „aktive Demokratie“ und der Links-Rechts-Einordnung ($r = .266$; $p = .000$). Ähnlich verhielt es sich 2014.

Professor Dr. Jürgen Gries lehrte *Soziologie und Sozialarbeitswissenschaft an der Katholischen Hochschule für Sozialwesen Berlin*. E-Mail: jurgengries@gmx.de

Dr. Vincenz Leuschner, *Dipl.-Sozialarbeiter und Sozialpädagoge sowie Dipl.-Sozialwissenschaftler, arbeitet im Bereich Entwicklungswissenschaft und angewandte Entwicklungspsychologie am Fachbereich Erziehungswissenschaften und Psychologie der Freien Universität Berlin*. E-Mail: vincenz.leuschner@fu-berlin.de

Dr. Gerhard Wenzke ist *Dipl.-Sozialwissenschaftler und befindet sich im Ruhestand*. E-Mail: g.wenzke@arcor.de

Literatur

Aich, P.: Politische Perspektiven für die soziale Arbeit im Kapitalismus. In: Hollstein, W.; Meinhold, M. (Hrsg.): *Sozialarbeit unter kapitalistischen Produktionsbedingungen*. Frankfurt am Main 1973, S. 243 ff.

Gaiser, W.; de Rijke, J.: *Gesellschaftliche und politische Beteiligung*. In: Gille, M. u.a.: *Jugendliche und junge Erwachsene in Deutschland: Lebensverhältnisse, Werte*

und gesellschaftliche Beteiligung 12- bis 29-Jähriger. Wiesbaden 2006, S. 213 ff.

Gille, M. u.a.: *Politische Orientierungen*. In: Gille, M.; Krüger, W. (Hrsg.): *Unzufriedene Demokraten. Politische Orientierungen der 16- bis 29jährigen im vereinigten Deutschland*. Opladen 2000, S. 205 ff.

Gries, J.; Leuschner, V.; Wenzke, G.: *studenten leben. Eine Studie zur Lebenssituation und subjektiven Lebenswelten*. Berlin 2015 (in Vorbereitung)

Hoffmann-Lange, U.: *Politische Grundorientierungen*. In: Hoffmann-Lange, U. (Hrsg.): *Jugend und Demokratie in Deutschland. DJI-Jugendsurvey 1*. Opladen 1995, S. 159 ff.

Hoffmann-Lange, U.: *Trends in der politischen Kultur Deutschlands: Sind Organisationsmüdigkeit, Politikverdrossenheit und Rechtsextremismus typisch für die deutsche Jugend?* In: *Gegenwartskunde* 3/1999, S. 365 ff.

Hofmann-Göttig, J.: *Die Mehrheit steht links. Die jungen Wähler in der Bundesrepublik Deutschland (1953-1989)*. In: *Materialien des SPD-Bundesvorstandes*. Bonn 1989

Hollstein, W.: *Sozialarbeit im Kapitalismus. Themen und Probleme*. In: Hollstein, W.; Meinhold, M. (Hrsg.): *Sozialarbeit unter kapitalistischen Produktionsbedingungen*. Frankfurt am Main 1973, S. 9 ff.

Kaase, M.: *Politische Einstellungen der Jugend*. In: Markefka, M.; Nave-Herz, R. (Hrsg.): *Handbuch der Familien- und Jugendforschung*. Band 2: *Jugendforschung*. Neuwied und Frankfurt am Main 1989, S. 607 ff.

Kessl, F.; Otto, H.-U.: *Soziale Arbeit*. In: Albrecht, G.; Groenemeyer, A. (Hrsg.): *Handbuch sozialer Probleme*, Band 2. Wiesbaden 2012, S. 1306 ff.

Kreft, D.; Mielenz, I.: *Soziale Arbeit*. In: Kreft, D.; Mielenz, I. (Hrsg.): *Wörterbuch Soziale Arbeit. Aufgaben, Praxisfelder, Begriffe und Methoden der Sozialarbeit und Sozialpädagogik*. Weinheim und München 2008, S. 776 ff.

Krüger, W.: *Vertrauen in Institutionen*. In: Hoffmann-Lange, U. (Hrsg.): *Jugend und Demokratie in Deutschland. DJI-Jugendsurvey 1*. Opladen 1995, S. 245 ff.

Meulemann, H.: *Werte und Wertewandel*. Weinheim und München 1996

Münchmeier, R.: *Die Lebenslage junger Menschen*. In: *Jugendwerk der Deutschen Shell* (Hrsg.): *Jugend 97. Zukunftsperspektiven, Gesellschaftliches Engagement, Politische Orientierungen*. Opladen 1997, S. 277 ff.

Otten, D.: *Demoskopische und wahlsoziologische Anmerkungen zur Frage: Ist mit der Jugend noch Staat zu machen?* In: Lenz, W. (Hrsg.): *Jugend 2000. Trends – Analysen – Perspektiven*. Bielefeld 1992, S. 57 ff.

Pickel, G.: *Politisch verdrossen oder nur nicht richtig aktiviert?* In: Silbereisen, R. u.a. (Hrsg.): *Jungsein in Deutschland. Jugendliche und junge Erwachsene 1991 und 1996*. Opladen 1996, S. 85 ff.

Schneekloth, U.: *Politik und Gesellschaft: Einstellungen, Engagement, Bewältigungsprobleme*. In: *Shell Deutschland Holding* (Hrsg.): *Jugend 2006. Eine pragmatische Generation unter Druck*. 15. *Shell Jugendstudie*. Frankfurt am Main 2006, S. 103 ff.

OBDACHLOSE ALLEINERZIEHENDE MÜTTER IN POLEN | Die Unterstützungseinrichtung „Etezza“ in Warschau

Anna Kasten, Urszula Mroczek

Zusammenfassung | Der gesellschaftliche und politische Transformationsprozess seit 1989 in Polen hat der Sozialen Arbeit mehr Handlungsspielraum eröffnet, Maßnahmen gegen verschiedene soziale Probleme zu entwickeln. Hierzu gehört die Obdachlosigkeit von Frauen. Sie ist meist verdeckt und belastet deren Kinder, die ebenfalls obdachlos werden. Etezza¹ ist eine Unterstützungseinrichtung, die im Jahr 2013 eröffnet wurde und Soziale Arbeit für die betroffenen Frauen und ihre Kinder leistet.

Abstract | The process of social and political transformation in Poland which began in 1989 has increased the opportunities of social work to develop measures against various social problems. One of these problems is women's homelessness which is usually hidden and is transmitted to their children who become homeless, too. Etezza, a support institution which was established in 2013, offers social work services for these women and their children.

Schlüsselwörter

- ▶ alleinerziehender Elternteil
- ▶ Mutter-Kind-Einrichtung ▶ Wohnungslosigkeit
- ▶ Sozialarbeit ▶ Polen

1 Einleitung | Das Problem der Obdachlosigkeit in Polen ist charakteristisch für den politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Transformationsprozess seit dem Jahr 1989. Einerseits führen die Mechanismen der Marktwirtschaft sowie der gesellschaftliche und politische Wandel zur Entstehung neuer Probleme wie Obdachlosigkeit und Arbeitslosigkeit (Nowak 2006, S. 71, Sierpowska 2007, S. 22). Andererseits bringt diese Transformation solche Probleme wie Obdachlosigkeit, Wohnungslosigkeit oder Armut überhaupt erst zum Vorschein (Kubicka 2006, S. 345). Die Obdachlosigkeit zählt bis heute zu den

¹ Ośrodek wsparcia dla kobiet z małoletnimi dziećmi i kobiet w ciąży „Etezza” (Unterstützungseinrichtung für Frauen mit minderjährigen Kindern und für schwangere Frauen).

Schneekloth, U.: Jugend und Politik. Aktuelle Entwicklungstrends und Perspektiven. In: Shell Deutschland Holding (Hrsg.): Jugend 2010. Eine pragmatische Generation behauptet sich. 16. Shell Jugendstudie. Frankfurt am Main 2010, S. 129 ff.

Schneider, H.: Politische Partizipation – zwischen Krise und Wandel. In: Hoffmann-Lange, U. (Hrsg.): Jugend und Demokratie in Deutschland. Opladen 1995, S. 275 ff.

Sinus-Institut: Die verunsicherte Generation. Jugend und Wertewandel. Materialband 1 zur Sinus-Studie (Schriftenreihe des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit, Band 200/1). Stuttgart 1985

Staub-Bernasconi, S.: Soziale Arbeit und soziale Probleme. Eine disziplin- und professionsbezogene Bestimmung. In: Thole, W. (Hrsg.): Grundriss Soziale Arbeit. Ein einführendes Handbuch. Opladen 2002, S. 245 ff.



Alice Salomon Hochschule Berlin
Hochschule Coburg

Master of Arts (M.A.)

Klinische Sozialarbeit

Spezialisierung auf Hochschulniveau in Beratung und Sozialer Therapie: Der berufsbegleitende Masterstudiengang Klinische Sozialarbeit startet seinen 15. Durchgang!

Bewerbungen bis zum 15. Januar 2016

Wir beraten Sie gern unter der Telefonnummer (030) 99 245-332
www.ash-berlin.eu/klinsa
www.hs-coburg.de/klinsa

